



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1906**

357 (4.8.1906) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-421773](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-421773)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Leserzeitung und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harms, W. 50, Bärgrabenstraße 15. Telefon: Berlin-Charlottenburg Nr. 3987.

Karlsruhe: Georg Christmann, Helmholzstraße 13. Telefon: Nr. 1907.

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahmen-Druckarbeiten) 841

Redaktion 877

Expedition und Verlags-

buchhandlung 218

Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Beleglohn 20 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.25 pro Quartal.
Eingel-Kummer 5 Pf.

Inserate:

Die Colonel-Zeile . . . 20 Pf.
Auswärtige Inserate . . 25 „
Die Reklame-Zeile . . . 60 „

Nr. 357.

Samstag, 4. August 1906.

(Mittagsblatt.)

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 146. Sitzung.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

Parisruhe, 3. August.

Präsident Dr. Wilken s. eröffnet 1/6 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch Ministerialdirektor Schulz.

Abg. Red (natl.) berichtet über die Bitte der Gemeinden Langenbrücken, Destrungen, Eichersheim, Michelsfeld, Eichelbach, Dühren, Sinshelm, Dalsbach und Waldbach um Erstellung einer normalspurigen Nebenbahn von Langenbrücken über Eichersheim-Sinshelm nach Waldbach, und über die Bitte des Gemeindevorstands Ringolsheim wegen des Anschlusses der Gemeinde Destrungen u. a. D. an die Hauptbahn. Der Antrag der Kommission geht auf empfehlende Ueberweisung. Die Petitionen unterstützen die Abgg. von Wenhingen (Str.) und Neuwirth (natl.). Nach kurzen Bemerkungen des Ministerialdirektors Schulz wird der Antrag der Kommission angenommen.

Abg. Banischbach (konf.) berichtet über die Bitte der Gemeinden des Winterbachs betr. die Erbauung einer normalspurigen Bahn von Oberbach über den Winterbach nach Rudau und Buchen. Der Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme wird nach kurzen Ausführungen der Abgg. Dieterle (Str.), Zbrüggen (konf.) und des Ministerialdirektors Schulz angenommen.

Abg. Brodmann (natl.) referiert über die Bitte der Gemeinden Gemmenhofen, Radolfszell u. i. w., des Stadtrats Konstantz und der wirtschaftlichen Vereinigungen in Seehningen, Wangen u. i. w. wegen der Erstellung einer Lokalbahn nach Radolfszell nach Seehningen, ferner über die Bitte der Gemeinde Gailingen wegen Fortsetzung dieser Lokalbahn bis Schaffhausen. Zur Petition sprechen die Abgg. Wiesler, Bächner (Str.), Benedek (dem.) und Ministerialdirektor Schulz. Der Antrag auf empfehlende Ueberweisung wird angenommen.

Abg. Neuwirth (natl.) berichtet über die Bitte der Gemeinde Hahmerdheim um Errichtung der Station für den Wagenladungsverkehr. Zur Petition sprechen Abg. Banischbach und Ministerialdirektor Schulz. Der Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme wird angenommen.

Abg. Morgenthaler (Str.) berichtet über die Bitte der Gemeinden Bleibach, Altsimonswald u. i. w. wegen der Erbauung einer Bahn von Bleibach über Güttenbach nach Furrwangen. Zur Petition sprechen die Abgg. Biehl, Duffner (Str.) und Ministerialdirektor Schulz. Der Antrag der Kommission auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme wird angenommen.

Abg. Dorf (konf.) berichtet über die Bitte des früheren Eisenbahnunternehmers L. E. Köhler in Stuttgart um Entschädigung für unerschuldete Verluste. Der Antrag der Kommission auf Ueberweisung zur Tagesordnung wird angenommen.

Abg. Zehner (Str.) berichtet über die Bitte des Reichenswörthers a. D. Jakob Beckler in Unterwiesheim um Erhöhung seiner Pension. Der Antrag auf Ueberweisung zur Tagesordnung wird angenommen. Schluss der Sitzung 1/9 Uhr. — Nächste Sitzung: Samstag vorm. 9 Uhr: Petitionen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 4. August 1906.

Rißverständnisse.

S.R.K. Wie die Münchener Blätter dieser Tage berichteten, ist im Finanzausschuss der bayerischen Abgeordnetenkammer ein Artikel eines Stuttgarter Blattes zur Sprache gekommen, der an der Betriebssicherheit auf den bayerischen Eisenbahnen Kritik geübt hatte. Bei der Aussprache über diesen Zeitungsartikel soll dann der bayerische Herr Verkehrsminister — nach dem Bericht der „Münchener Allg. Ztg.“ — der Klage Ausdruck gegeben haben, daß die bayerische Verkehrsverwaltung von württembergischer Seite mit Radelstichen verfolgt werde, und Minister von Frauendorfer soll dabei erwidert haben, er habe der württembergischen Verwaltung gegenüber sich bereit erklärt, über die Teilung des Personenverkehrs nach dem Süden in Verhandlungen einzutreten, sei aber über diesen Vorschlag ohne Antwort geblieben. Nach den „Münchener Neuest. Nachr.“ hätte der bayerische Herr Verkehrsminister er habe in Stuttgart wegen der Betriebsgemeinschaft Anregungen gemacht, dieselben seien aber unbedacht geblieben. Diese Versicherungen im bayerischen Finanzausschuss, an deren richtiger Wiedergabe in den vorliegend angeführten Münchener Zeitungsberichten allerdings Zweifel gestattet waren, deren tatsächlicher Wortlaut aber nicht zu erheben war, haben in der württembergischen Presse zu Gegenäußerungen Anlaß gegeben. Einmal hat der „Schwäb. Merkur“, der jenen Artikel über die Betriebssicherheit auf den bayerischen Bahnen gebracht hatte, von sich aus erklärt, daß dieser Artikel in keiner Weise mit der württembergischen Verkehrsverwaltung in Zusammenhang gebracht werden dürfe. Sodann aber wurde in der Presse allgemeine Aufklärung gefordert, welche Bewandnis es denn mit den bayerischen Anerbieten und Anregungen habe, die von Württemberg keiner Antwort und Beachtung gewürdigt worden sein sollen. Diese Aufklärung ist jetzt von dem württembergischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Verkehrsanstalten in der vorgestern in Seehningen abgehaltenen Sitzung des Verbands der Verkehrsminister gegeben worden. Minister Weigand stellte zunächst auch seinerseits fest, daß den bayerischen beanstandeten württembergischen Zeitungsartikel die württembergische Verkehrsverwaltung gänzlich fernstehe. Sodann bemerkte er, daß die Älten und die Beamten der Eisenbahnverwaltung nicht wissen von einem bayerischen Vorschlag der Teilung des Personenverkehrs nach dem Süden. In Sachen der Betriebsmittelgemeinschaft — fuhr der Minister fort — liegen, wie allgemein bekannt sei, den deutschen Eisenbahnverwaltungen neue bayerische Vorschläge vor, die auf einer wesentlich anderen Grundlage beruhen, als die württembergischen Vorschläge. Das weitere müsse abgewartet werden. Sein Amtsvorgänger (Herr v. Soden) habe diese Angelegenheit mit einer ihrer weitestgehenden Bedeutung entsprechenden unermüdlichen Energie verfolgt und sich dabei ein bleibendes hohes Verdienst erworben. Er, der jetzige Minister, wisse nichts und könne aus den Älten nichts darüber ermitteln, daß irgend welche an derzeitige Anregungen ignoriert worden seien. Wenn auch

sein Amtsvorgänger natürlich nicht sofort jede Anregung seinerseits aufgenommen habe, so werde er dazu seine Gründe gehabt haben. Die württembergische Verwaltung werde zu gegebener Zeit in lokalster bundesfreundlicher Weise wie bisher an diesem Werke mitarbeiten. — Es ist wohl zu hoffen, daß diese ruhigen, höflichen Erklärungen von württembergischer Seite jeder möglichen Trübung der freundschaftlichen Beziehungen beider Eisenbahnverwaltungen vorbeugen oder ein Ende bereiten werden.

Der Fall Horn.

In der Reihe der Kolonialskandale, die gegenwärtig an der Tagesordnung sind, ist keiner der geringsten der Fall des Gouverneurs Horn von der Togo-Kolonie in Afrika. Der Fall ist bereits im Reichstag erörtert worden und zieht gegenwärtig wieder die Aufmerksamkeit auf sich, da neuerdings ein Disziplinarverfahren gegen Horn eingeleitet worden ist. Der Gouverneur wird angeschuldigt, einen Eingeborenen zu Tode gemartert zu haben. Auf einer Dienstreise, die Gouverneur Horn in der Kolonie unternahm, fuhr Jedu, der schwarze Waise eines der Begleiter des Gouverneurs, Gouvernementsgelde, Jedu wurde ins Verhör genommen, gestand den Diebstahl und gab auch den Ort an, an welchem er das Geld versteckt hatte. Dort wurde aber nur ein Teil der gestohlenen Summe gefunden, und auf erzwungenem Geständnis gab Jedu an, daß er den Rest des Geldes an einem benachbarten Orte versteckt habe. Er wurde nun von mehreren Soldaten unter fortwährenden Mißhandlungen nach dem angeblichen Versteck geleitet. Es wurde aber dort nichts gefunden und auch andere Angaben des Jedu über den Verbleib des Geldes erwiesen sich als falsch. Schließlich wurden dem Jedu 25 Peitschenhiebe zudiktirt. Bei der Exekution war Gouverneur Horn anwesend. Nach jedem Hiebe, den ein Soldat mit voller Wucht auf den Körper des Jedu herabschleuderte, fragte Horn den Delinquenten, ob er jetzt gestehen wolle. Der Gouverneur machte sich also einer Handlung schuldig, die als Exzess eines Gehändnisses durch das Deutsche Strafgesetzbuch mit höchstens bis zu 5 Jahren bedroht ist. Da die Folterung des Jedu nichts fruchtete, ließ Horn den Unglücklichen an einen Flaggmast binden. Die Hiebe war an jenem Tage so groß, daß ein zum Expositionspersonal Horn gehöriger farbiger Dolmetscher, der kurze Zeit neben Jedu's Marterspiel gestanden hatte, ohnmächtig zu Boden fiel. Jedu blieb nun an dem Flaggmast hängen und Horn kam von Zeit zu Zeit herbei, um den nach Wasser wimmernden Menschen zu fragen, ob er endlich gestehen wolle. Dabei ahmte er höhnisch das Winken des Gefolterten nach. Jedu blieb den ganzen Tag und die ganze Nacht an dem Marterspiel hängen, unablässig nach Wasser wimmernd. Aber Horn hatte einen schwarzen Soldaten in Jedu's Nähe postiert, der den Auftrag hatte, zu verhindern, daß dem Unseligen ein Labetrunk gereicht werde. Am nächsten Morgen reiste Horn ab, ohne sich um das Schicksal des immer noch am Flaggmast hängenden Jedu zu kümmern. Einige Stunden später war Jedu seinen Qualen erlegen. Es wurde ein Gerichtsverfahren wegen Tötung eines Eingeborenen gegen den Gouverneur eingeleitet, das in der Kolonie selbst stattfand. Horn wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Horn, der einen Freispruch wegen erwiesener Schuldlosigkeit wünschte, legte Berufung beim Kameruner Obergericht ein, das ihn zu 900 R. Geldstrafe verurteilte. Jetzt ist, wie erwähnt, das Disziplinarverfahren gegen den Gouverneur Horn eröffnet worden.

Die Republik und die russische Revolution.

In den Franzosen, die die Aufrechterhaltung der jetzigen Staatsordnung Rußlands für Frankreich wünschenswert erachten,

Starrer Sinn.

Roman von L. Haidheim.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

28) Rittmeister von Gens nahm den Vorschlag mit solcher Begeisterung auf, daß Rils wohl einsehen mußte, jener verfolge seinen Zweck bei Dina mit allem Ernst.

Eine quälende Unruhe kam über ihn. Aber er war ja gelassen — für ihn gab es keinen Rückzug. Warum sollte er also dem Rittmeister Dina nicht gönnen?

Die ganze Nacht warf er sich schlaflos in seinem Bett hin und her.

O, wenn er Geld hätte! Viel Geld! Daß er auch so wahrhaftig handeln konnte! War das nun Trost gewesen oder Verleumdung? Wohl zum Teil das eine und zum Teil das andere — aber dazu war eine unbegreifliche Nacht gekommen, die ihn antrieb, das zu tun, was er schon in demselben Moment bereute, und die ihn dann wieder zwang, sich über diese dumme Neugier mit Rüssen und Jählichleiten hinwegzusetzen.

Das war ja gar nicht „er“ gewesen, der noch am frühen Morgen so fest entschlossen gesagt: „Ich will sie nicht — ich will Dina.“

Wie eine zwingende Macht hatte es ihn dann bei Charlottes Anblick gepackt und — er begriff seine Mutter in ihrer Härte gegen ihn jetzt vollkommen. Wie konnte sie Verständnis haben für seine Handlungsweise, die er selbst nicht verstand — und zwar heute weniger denn je.

Schließ er einmal für einige Minuten ein, so quälten ihn Träume, in denen er unendlich viel Geld sah, und dazu hörte er Stohlsberg sagen, was vieler nicht müde wurde, ihm zu wiederholen: „Genie ohne die nötigen Großchen — lebt ewig an der Erde!“ Und ein andermal rief Stohlsberg jähloschend: „Wie

kann man nur so dumm sein! So dumm!“ Was dieser Ausdruck bedeutete, das mußte Rils Jensen nur zu gut.

Frau Jensen und Lotty sahen am anderen Morgen zusammen und plauderten und lachten unermüdlich. Frau Jensens Plamsell war von ihrer Reise zurück; sie hatte das Begemannsche Hausmädchen getroffen, und dieses hatte ihr erzählt, Fräulein Dina habe sich das edelige Fräulein kommen lassen, um auch seine Manieren zu lernen, und nun würde sie von der eingeperrt wie ein Kästchen.

Rils wurde ordentlich wütend, als seine Mutter ihm Fräulein von Loorheides Anwesenheit im Begemannschen Hause erklärte.

„Dina braucht all das dumme Zeug nicht. Die ist ein Charakter, und das ist besser, als all das Getue!“ sagte er gereizt.

Weder er noch die arglose Lotty merkten den unruhig forschenden Blick der Mutter; aber Rils hatte plötzlich ein Gefühl von Angst, das er nur halb verstand, und das ihn doch zwang, Lotty in die Arme zu schließen und sich mit Rüssen und Liebsföngen in eine Stimmung zurückzuzwingen, die zu seinem Entsetzen wie etwas Erstrebens in ihm lag.

Sein Ehegefühl regte sich jetzt lebhafter als sonst. „So erbärmlich darfst Du nicht sein, ihr geht noch die Treue zu brechen“, dachte er bei sich.

Und dabei machte er sich doch klar, daß es schon schlimm genug stand um seine Treue und Liebe.

Sich selbst täuschte er also nicht — aber wenigstens gelang ihm dies bei Lotty und der Mutter.

* * *

Lotty und Rils kamen von ihrem Ausfluge gegen Abend recht vergnügt heim und brachten Jan und Dina, den Rittmeister und Fräulein von Loorheide mit nach der Wobenberg.

Die Stimmung der jungen Leute war eine so lebhaft, daß sie nach dem Abendbrot zu tanzen angingen, wozu die Kleinmög-

lerte eine Regel drehte, die sich Rils als Anabe einst stürmisch gewünscht und erhalten hatte.

Das Vergnügen war ein sehr bescheidenes, aber die drei jungen Leute amüsierten sich vortrefflich. So ungeschicklich Dina auch tanzte, Rils schien als Sohn des Hauses doppelt die Pflicht zu fühlen, sie dies nicht merken zu lassen, wie er denn überhaupt jetzt gegen Dina von einer Rücksichtnahme war, auf die er früher keinen Wert gelegt.

Erst spät verabschiedeten sich die Gäste und alle waren der beiden vergnügten Feiertage froh.

„Du nimmst den Rittmeister also nicht?“ fragte Rils leise, als er ihr den Pelzmantel umhing.

„Den ganz sicher nicht!“ gab sie ebenjo leise zurück.

Niemand hörte die Worte, niemand sah den Händedruck, der sie begleitete.

Als Dina und Gisberte dann noch spät im Schlafzimmer der letzteren am offenen Fenster saßen und lebhaft mit einander plärrten, da hörte es wieder niemand als Dina der die Worte galt: „Du mußt vorsichtiger sein, Dina, Deine Augen verraten Dich ja. Je weniger sicher Du ihm bist, um so schneller macht er ein Ende mit der Puppe seiner Mutter. Aber bilde Dir nur nicht ein, daß es Dir von heute auf morgen gelingt, was Du willst! Du hast früher gemeint, Dir müßte alles von selbst kommen, und jetzt launst Du Dich kaum zügelnd! Du bist zu bißig, Dina.“

„Auf mir sitzen lassen will und kann ich's nicht, daß er mich zur Kärrin gehalten hat!“ flammte das sonst so phlegmatische Mädchen wild auf.

„Und dabei liebst Du ihn! Ich würde es ihm nie verzeihen — ich würde ihn hassen, wie ich ihn vorher geliebt hätte.“

„Das kann ich nicht! Ich laun's nicht, Gisberte! Als er sie damals vor meinen Augen küßte, da war mir's, als würde ich geschlagen. Aber als ich mich auf mich selber besann, da bin ich

gefeilt sich auch Demoulin, der im „Gaulois“ schreibt: „Man telegraphiert dem „Lamp“, man über das dumpe Rollen der Revolution unter dem Wahn der Freiheit, nicht ist hierin etwas besser daran, als Frankreich, wo die Revolution unter jedem Himmel dröhnt. Herr Gausz, der für die Revolution vorbereitet, während er sie bei den andern nur aufnimmt, beschließt nach dem neuen, gemeinsamen Sache mit dem russischen „Volk“ gegen seinen Kontrahenten zu machen. Wenn wir versagt wären, die gefangene Unterwerfung zu begeben, zu der Herr Gausz uns hat, so müßten wir doch zurückweichen, was die russischen Revolutionen wollen und welche Staatsordnung sie an Stelle des Kommunismus einbringen würden, wenn das Glück ihren ephemerischen Wahlen zu Hilfe käme. Etwa die Republik? Wie Antoine Berny-Beaulieu dargelegt hat, ist Frankreich wohl für die Revolution, aber nicht für die Republik reif. Die Revolution aber würde, wenn sie sich zum Regierungssystem aufwenden könnte, seinen Erfolg mit allen von der Konarchie erzwungenen Verpflichtungen machen. Herr Gausz trägt die Meinung, die für das Reich Nikolaus II. erklärt, bei jeder Gelegenheit mit der großen Umwälzung zu vergleichen, welche den Thron Ludwig XVI. zu Boden stürzte. In dieser Vergleich richtig, so sollte er genügen, alle Franzosen zu bestimmen, daß sie den Erfolg Stojpinski herbeizumähen. Wir haben in Rußland Interessen, die zu wehren und nicht erlaubt ist. Welches war aber, so frage ich Herrn Gausz, nach der Einbringung Ludwigs XVI. die Lage der französischen Republik und Grundbesitzer? Die Republik wollte die Staatsgewalt nicht anerkennen und erklärte endlich ihren eigenen Kontrakt. Um den unglücklichen Bankrott ihr Eigentum zurückzuerhalten, müßte in Frankreich die autoritäre Gewalt eingesetzt werden, von der die internationalen Sozialisten Rußland befreien möchten. Dort man etwas annehmen, daß die russischen Revolutionäre gewissenhafter darauf bedacht wären, Fremden die unabhängigen Interessen der Staatschuld zu bezahlen?“

Sächsische Politik.

7. Karlsruhe, 3. Aug. (Von unserm Karlsruhe Bureau.) Der Antrag der Budgetkommission der Zweiten Kammer zur Verwertung der Rheinwasserkräfte geht dahin: Hohes Haus wolle: 1. der Großh. Regierung das Bedauern darüber aussprechen, daß sie dem in der 129. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer vom 16. Juli 1904 mit allen gegen eine Stimme angenommenen Antrag nicht entsprochen, vielmehr eine solche Kommission nicht gebildet hat und in den Verhandlungen wegen Erteilung weiterer Konzessionen an private Unternehmer ununterbrochen fortgeschritten ist. 2. ansprechen, daß die von der Großh. Regierung vorgelegten Denkschriften der Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus über die Wasserkräfte des Oberrheins von Neuhäusen bis Weiskes und ihre wirtschaftliche Ausnützung und der Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen über den elektrischen Betrieb der Wiesentalbahn als Arbeiten dieser Verwaltungsbehörden dem in der oben bezeichneten Sitzung einstimmig angenommenen Antrag unter Ziffer 1 2 insofern nicht entsprechen, als sie nicht die Ergebnisse der Untersuchung einer Kommission der oben angegebenen Art enthalten, aber anerkennen, daß viele Denkschriften unvollständig und wertvolles Material zur Beurteilung der in Betracht kommenden Fragen enthalten. 3. erklären, daß die Frage, ob und inwiefern der Staat zur Ausnützung der im Rhein vorhandenen Wasserkräfte zur Erzeugung von Elektrizität Anlagen selbst bauen und betreiben und die gewonnenen Elektrizität zum Betrieb der Staatseisenbahnen und in anderen Staatsbetrieben benutzen und an Gemeinden oder andere öffentliche rechtliche Korporationen, an Genossenschaften oder Private abgeben soll, und welche Stellen des Rheins sich besonders zur Verwendung für solche Betriebe eignen, ferner die Frage, ob und in welcher Weise etwa der Staat sich an privatwirtschaftlichen Unternehmungen zur Verwertung der Rheinwasserkräfte finanziell beteiligen soll, noch nicht spruchreif und deshalb unausgesprochen weiter zu verfolgen sei, doch indessen solche Gesellschaften, welche für staatseigenen Bau von Anlagen dieser Art in Betracht kommen können, von einer Vergütung jetzt schon ausschließen seien. 4. die Erwartung ansprechen, daß durch eine allseitige Vervollständigung des Wasserregimes die Einräumung der Nutzungsbefugnis am Rhein zur Gewinnung von Elektrizität von der Zustimmung der beiden Häuser des Landtags abhängig gemacht werde, und daß bis zur Regelung dieser Angelegenheit mit weiteren Konzessionen eingehalten werde, wobei diejenigen für die Anlagen bei Neuhäusen, Weiskes und Rembs als schon zu weit vorgeschritten angenommen werden. 5. anerkennen, daß bei der Konzession für das Werk in Neuhäusen und bei den für die Konzession des Werkes bei Weiskes und Rembs in Aussicht genommenen wirtschaftlichen und administrativen Bedingungen, soweit diese letzteren bekannt geworden sind, und endlich in dem Entwurf einer Vereinbarung mit der Regierung von Hof-Lothringen hinsichtlich der Ausnützung der Wasserkräfte des Rheins zwischen Dünzingen und Weiskes den auf dem letzten Landtag in der Zweiten Kammer zur Vertretung gekommenen grundsätzlichen Anschauungen über die Wahrung der Interessen der Stromabnehmer

gegenüber den privaten Unternehmungen in weitgehendem und fortwährendem Maße Rechnung getragen worden ist. 6. empfehlen, daß bei der Erteilung der Konzessionen für die Anlagen bei Weiskes und Rembs in den besonderen Bedingungen für den Betrieb und die Ausnutzung des rechtsseitigen Werkes die bis jetzt noch nicht erfüllten Wünsche der beteiligten Gemeinden, Industriellen, Handelskammern, Gewerbevereine und anderer Interessenten in möglichst weitgehender Weise berücksichtigt werden. 7. erklären, daß die Einräumung der Nutzungsbefugnis auf mehr als 50 Jahre unter allen Umständen als zu weitgehend anzusehen sei; 8. als Grundgesetz aufstellen, daß von der in privaten Unternehmungen gewonnenen an sich Baden aufgenommen Kraft ein periodisches Entgelt zu erheben sei ohne Rücksicht darauf, ob die Kraft in oder außerhalb Baden Verwendung findet; 9. die in diesen Fragen vorliegenden Petitionen in im Sinne obiger Ausführungen der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme überweisen. (Einen solchen Bandwurmschlag hätte die Budgetkommission besser nicht verbrochen. D. B.)

— (Aufhebung der Fleischsteuer.) Der Antrag der Sonderkommission für die Vermögenssteuer zu dem Gesetzesentwurf der Abg. Weiskes und Gen. die Aufhebung der Fleischsteuer für die Jahre 1906-07 bereits die landständliche Genehmigung erhalten hat und darin die Fortsetzung der Fleischsteuer für die genannte Periode bewilligt ist; in Erwägung, daß für die nächste Finanzperiode auch eine Neuordnung der Einkommensteuer in Aussicht steht, beantragt die Kommission: die Zweite Kammer wolle beschließen, 1. die Großh. Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Fleischsteuer vorzulegen; 2. damit den vorliegenden Gesetzesentwurf der Abg. Weiskes u. Gen., die Aufhebung der Fleischsteuer betreffend, für erledigt zu erklären.

— (Änderung der Schulordnung.) In der öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer vom 15. Dezbr. 1900 haben die Abgeordneten Lehmann und Genossen folgenden Antrag eingebracht: „Die Zweite Kammer ersucht die Großh. Regierung den § 49 der Schulordnung vom 30. September 1902 zu ändern und denselben in der Fassung der Ministerialverordnung vom 27. Februar 1894 wieder herzustellen.“ — Der Ausschuss wolle die Verordnung vom 27. Februar 1894 und jener vom 30. September 1902 betrachten, daß jene die Beeinträchtigung des Schulunterrichts durch Teilnahme der Schüler am Gottesdienst in nicht vernünftigen Fällen, diese aber nicht nur den Besuch des Gottesdienstes während der Schulzeit, sondern auch den Feiern der Schüler zu sonstigen kirchlichen Feiern und Veranstaltungen für unstatthaft erklärt. Der Ausschuss hat der Staatsminister schriftlich erklärt, daß an dem Prinzip des § 49 der Schulordnung festgehalten werden müsse und eine Änderung der derzeitigen Fassung nicht in Aussicht gestellt werden könne. Der Zweck der Bestimmung sei aber lediglich der, im Hinblick auf die an sich sehr beschränkte Zahl der Schulfreien eine Beeinträchtigung des Unterrichts zu verhindern, keineswegs aber solle mit der Bestimmung des religiösen Empfindens des Volkes geschädigt oder in kirchliche Gewohnheiten eingegriffen werden. Die Regierung sei übrigens bereit, eine allgemeine Verfügung herbeizuführen, durch welche den beteiligten Behörden und Beamten aufgegeben werde, bei Handhabung des § 49 der Schulordnung sich unangenehme Fälle zu vermeiden und in freibleibendem Sinne zu wirken. Angesichts dieser Erklärung der Staatsminister glaubten die Mitglieder der Kommission, welche den Antrag mitunterzeichnet hatten, daß der Zweck des Antrags auch durch den in Aussicht gestellten Generalerlass an die Kreisräte und Obergeschulbehörden erreicht werden könne. Da es nicht in der Absicht der Antragsteller liege, die Zeit des Schulunterrichts unangenehm zu verkürzen, da der Antrag vielmehr nur bezwecke, eine Schädigung des religiösen Volksempfindens und kirchliche Eingriffe in kirchliche Gewohnheiten durch eine unersichtliche Auslegung des § 49 der Schulordnung zu verhindern, so könne man sich mit einer Ausdehnung der Großh. Unterrichtsverwaltung zufrieden geben, welche den Kreisräten und Obergeschulbehörden die Anwendung der fraglichen Bestimmung im Sinne der obigen Erklärung des Herrn Staatsministers zur Pflicht mache. In diesem Sinne einigte sich die Kommission auf folgenden Antrag: „Die Zweite Kammer wolle beschließen: 1. Die Großh. Regierung wird ersucht, a) bezüglich der Handhabung des § 49 der Schulordnung an die Kreisräte und Obergeschulbehörden eine Weisung im Sinne der vom Staatsminister abgegebenen Erklärung ergehen zu lassen, b) mit den Kreisbehörden dahin zu verhandeln zu treten, daß diese die ihnen unterstellten Geistlichen veranlassen, kirchliche Handlungen, bei denen die Mitwirkung von Lehrern oder Schülern erforderlich ist, tunlichst so anzulegen, daß dadurch der geordnete Unterricht möglichst wenig beeinträchtigt werde. 2. Der Antrag der Abgeordneten Lehmann u. Gen. wird hierdurch für erledigt erklärt.“

SRK. Karlsruhe, 3. Aug. (Auskunft über die Invalidenversicherung.) Durch § 57 Biff. 5 des Invalidenversicherungsgesetzes ist den unteren Verwaltungsbehörden (in Baden den Großh. Bezirksämtern) anvertraut, Auskunft zu erteilen über alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten. Bereits mit Erlaß vom 29. April 1904 hat das Großh. Ministerium des Innern diese Aufgabe den Großh. Bezirksämtern dringend nahegelegt und sie auf die ganze soziale Versicherung ausgedehnt, sowie auch zugleich angeordnet, diese Auskunft in solchen Stunden zu erteilen, während welcher die Versicherungen ohne Verdenkverlust bei Amt erscheinen können. Später hat das Großh. Ministerium des Innern Erhebungen über den Vollzug des Erlasses vom 29. April 1904 gemacht, wobei sich ergeben hat, daß die bezüglichen wiederholten Bekanntmachungen der Großh. Bezirksämter ganz wirkungslos geblieben sind. Das Großh. Ministerium hat die Kommissar neuerdings angewiesen, von Zeit zu Zeit in regelmäßiger Wiederkehr die Bekanntmachungen zu wiederholen und auch einen Katalog im Amtsgebäude anzubringen, daß und wo innerhalb und außerhalb der üblichen Geschäftsstunden Auskunft erteilt wird. Es ist zu bedauern, daß die Beteiligten, insbesondere die Versicherer, bisher von dieser Bereitwilligkeit zur Auskunftserteilung keinen Gebrauch gemacht haben. Es sollten alle bei der sozialen Versicherung beteiligten Personen fortgesetzt in ihren Kreisen darauf aufmerksam machen.

oc. Karlsruhe, 3. Aug. (Der frühere Bad. Ministerialdirektor Geh. Rat Heinrich Herz) ist in der Pfalzstadt Salm in Ludwigsburg gestorben. Der Herr, welcher 1901 in den Ruhestand trat, ist in Karlsruhe geboren und erreichte ein Alter von 71 Jahren.

oc. Karlsruhe, 3. Aug. (In der letzten Sitzung des Bad. Eisenbahnrats) stellte, wie berichtet wird, der Vorsitzende, Minister Herr v. Raschall, mit, daß die Fahrten von Salm nach Ludwigsburg auf der Ludwigsbahn (insbesondere) schwierigeren Linien angezogen werden müßten, was voraussichtlich nur dadurch möglich sei, daß in diesem Falle Baden die Fahrkartenerhebung übernehmen. Hieraus geht hervor, daß die Fahrkartenerhebung unter Umständen eine Verringerung der Einkünfte durch das Reich bedeutet. Auf dem Bodensee wird, da er als internationaler Gewässer gilt, keine Fahrkartenerhebung erhoben.

Deutsches Reich.

* Stuttgart, 3. Aug. (Der hiesige Jungliberale Verein) nahm in „Presse, Fig.“ in seiner gestrigen Versammlung eine Resolution an, in welcher die Befriedigung darüber ausgesprochen wird, daß der Abg. Fieber als Vertreter der württembergischen Nationalliberalen im Reichstag im Gegensatz zu der beharrlichen Haltung seiner Fraktion gegen die Fahrkartenerhebung gestimmt hat. Der Verein erwarbt von der württembergischen Regierung, daß sie entsprechend den Forderungen des modernen Verkehrs an der bewährten Einrichtung der Landeskarte grundbesitzlich festhalte und sich der Erhöhung der Disparität nicht anschließen werde.

* Leipzig, 3. Aug. (Die Vertretung der konservativen Partei) im 10. sächsischen Reichstagswahlkreis Döbeln sprach sich einstimmig für die Kandidatur des Professors Dr. Gasse aus, um von vornherein eine geschlossene Vertretung der Sozialdemokratie zu ermöglichen. Die Entschiedenheit des Bundes der Landwirte und der deutschsozialen Reformpartei ist noch ungewiß.

* Berlin, 3. Aug. (Zippelskirchiana.) Die Abendblätter veröffentlichen eine Erklärung des Herrn v. Zippelskirch, des geschäftsführenden Inhabers der Firma Zippelskirch u. Comp., in der im Gegensatz zu den Gerüchten, die Firma habe dem Vorbanke des Reichsministeriums bei der Kolonialverwaltung, Major Fischer, jahrelang Darlehen gegeben, deren ungelichene Höhe derzeit etwa 100 000 Mark betrage, erklärt wird, daß die Firma dem Major Fischer niemals Darlehen gegeben, auch niemals Selbstausschreibungen in irgend welcher Form gemacht habe. Vor etwa sieben Jahren habe der Unterzeichnete persönlich, sowie mehrere andere Freunde dem damaligen Hauptmann Fischer durch Darlehen in Höhe von insgesamt 5000 M. aus einer schwierigen Lage, in die er unverschuldet geraten war, herausgeholfen; jeder Hintergedanke sei ausgeschlossen gewesen, ebenso bei einem Darlehen von 2000 M., das er Fischer einige Jahre später gab. Ferner erklärt v. Zippelskirch gegenüber der Behauptung, infolge der finanziellen Abhängigkeit Fischer's von der Firma habe dieser der Firma das Versicherungsmonopol für die Tropenversicherungen für die Schutztruppen zugewendet, wodurch der Firma ungebührlich hoher Gewinn und dem Reich Schaden erwachsen sei, die Versicherungsbetriebe seien mit der Leitung der Kolonialverwaltung geschlossen worden. Die Bedingungen seien jedesmal das Ergebnis sehr genauer Prü-

ten der einen Nacht ein anderer Mensch geworden — ich hab Dir's ja erzählt.“

„Es ist nur gut — und ich tue alles, was Du mir rätst! Und welche Kosten machst Du mir?“

„Das ist auch nur, Tino; Dein Schaden ist es bis heute nicht gewesen.“ Ichloß die Freundin.

Dem schönen Winterwetter folgten zwei graue, trübe Regenmonate. Die schlechten Wege machten jeden Verkehr zu Lande fast unmöglich; das dicke Eis auf dem Fluß ließ sich nicht in Bewegung setzen, und doch war es zu brüchig und zu morsch, um Schlittschuhläufer in größerer Zahl zu tragen; selbst für einzelne blieb das immerhin ein Wagnis.

Endlich darrten die Schollen und der Eisgang begann. Das ganze Land atmete auf wie von Fesseln befreit. Sobald der Fluß nur einigermaßen eisfrei war, begann die Schifffahrt wieder und Handel belebte sich.

(Fortsetzung folgt.)

Buntes Feuilleton.

— Wie unser Herrgott den Russen erschauf, bekanntlich sind die armenischen Kinder, die ausschließlich zu vielen Hunderten, meist mit dem Munde unter dem Arm, die russischen Zarenkinder überfluteten, sehr lässig und verlässigere Gesellen, die über eine erkannende Bedachtungsbedürfnisse verfügen und namentlich für die kleinen Schwächen ihrer Mütterchen ein offenes Auge haben. Diese Eigenschaften kommen oft treffend in ihren Erzählungen und Anekdoten zum Ausdruck. Vor einigen Jahren, es war auf der großen Herbstmesse in Nischni-Novosibirsk, nahm ich mir, so erzählt ein Mitarbeiter der „Vost. Sig.“, einen dieser Vorkinder zum Führer. Als er von mir hörte, daß ich kein Russe, sondern ein „Ausländer“ sei, fragte er mich plötzlich mit verstimmtem Gesicht: „Herr, Du bist doch ein Studierter, weißt Du aber auch, wie unser Herrgott

den Russen erschauf? „Nein, ergrübel!“ „Nun, das war so. Einmal Tages ging unser Herrgott mit Christus zusammen über Land. Da er gerade guter Laune war, meinte er: „Weißt Du, Christus, wir haben den Juden, den Griechen, den Armenier erschaffen — eigentlich sollten wir nun auch noch den Russen machen.“ Christus hatte jedoch Bedenken. „Wärechen“, sagte er, „ich bitte Dich, laß das lieber sein; wir werden schließlich nur noch Unannehmlichkeiten haben.“ „Ach, was denn?“ „macht der liebe Herrgott und sprach sein Schöpfungswort. . . Aber kaum stand der Russe vor ihnen, so herrschte er sie auch schon an: „Hull! Wo sind eure Häuser?“ „Sichst Du, Wärechen“, meinte da Christus dem Christen, „nun haben wir die Geschichte.“ Unser Herrgott jedoch griff lächelnd in die Tasche, holte ein Zwanzigloppelstück hervor, drückte es dem Russen in die Hand — und umgeben durften sie passieren. „Und siehst Du, Herr“, Ichloß mein Kenner seine Anekdote, „genau so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag.“

— Trunkst bei Frauen. In England lassen sich zahlreiche Stimmen vernehmen, die über die zunehmende Trunkst unter Frauen klagen. Ein bekannter Londoner Arzt, der sich besonders mit dieser Frage beschäftigt, erklärt, daß 50 Proz. unter allen Frauen mehr Alkohol trinken, als gut für sie ist. Nicht nur die Mütter werden dadurch betroffen, sondern auch die Kinder. Die Frau, die betrunken wird, stellt auch nicht den hoffnungsvollen Fall dar, sondern die Dame der Gesellschaft, die eine große Menge Alkohol trinken kann und doch noch den Kopf oben behält. Die weiblichen Trunkstbolde von heute, das sind die Kinder, die vor 20 Jahren aufgewachsen sind. Ich schreibe die gegenwärtige traurige Innosität der Trunkst hauptsächlich dem Umstand zu, daß man die Kinder schon früh an starken Getränken gewöhnen pflegt. Wie oft sehe ich es in meiner Praxis, daß man es als einen Scherz und Spott empfindet, wenn die Kinder durch den Genuß von Likören aufgeregter und betrunken werden. Frauen, die sich oft einmal an das kalte Gemüht haben, nehmen den Alkohol dann in jeder Gestalt zu sich; sie trank ein Patientin von mir, der ich alle starken Getränke sorgfältig entzogen hatte, ihr Getränk war, das zum großen Teil aus Spiritus und Eau de Cologne bestand. Auch in den Speisen nehmen

sie sehr viel Alkohol zu sich und bevorzugen besonders den Brandy mit Rum oder Whisky, Früchte in Brandywein und andere Speisen, die Alkohol enthalten und durch sie zur Trunkst verführt werden. Eine andere Erklärung des vielen Alkohols bei Frauen wird in der geringen und verlässigeren Art gesucht, in der diese Getränke in feingehaltigen farbigen Likören gereicht werden. So wird der Frau ihre Weisheit für alles hüßlich und appetitlich Aussehende zum Verderben und ihr Verschlingen an peinigenden, pflanzlichen Getränken und extrahierten Weinen wird zum Kaiser. Die Heilung einer Frau von der Trunkst ist viel schwieriger als die eines Mannes. Am schwersten sind von dem liebgewonnenen Rausch die Damen der Gesellschaft abzuwehren und bei ihnen beobachtet sich meistens das alte Sprichwort, daß ein weiblicher Trunkstbold nur im Grabe geheilt werden kann.“

Vermischtes.

— Kekseller ist von New York nach seiner Bestimmung in Cleveland abgereist und wird sich dort den Behörden zur Verfügung stellen. Er hat sich bekanntlich wegen Steuerhinterziehung zu verantworten.

— Die zunehmende Sterblichkeit der Säuglinge ist, wie unpopulärhaft festgestellt werden konnte, darauf zurückzuführen, daß eine große Anzahl Mütter, namentlich solche aus dem Arbeiterstande, dessen weibliche Angehörige vielfach ihren mütterlichen Pflichten verlustig entzogen werden, ihre Kinder nicht selber stillen. Um hier Wandel zu schaffen, hat der Rat der Stadt Leipzig beschloffen, denjenigen Müttern, die ihre Kinder selber stillen, eine Belohnung in Geld zu gewähren. Diese Prämie soll dazu dienen, den Lohnausfall zu ersetzen und den durch die Selbststillung hervorgerufenen Aufwand zu decken. Die Kontrolle der Mütter soll durch Ärzte, Hebammen oder Aufsichtsdamen des Hochkinders erfolgen. Um die Mütter über die Notwendigkeit der Selbststillung zu belehren, ist den Hebammen ein Merkblatt zugegangen, das zur Verteilung an Hebammen bestimmt ist. Auch den Hebammen sind Selbststillungen für eine besonders eifrige Tätigkeit nach dieser Richtung hin zugesagt.

lungen und Kalkulationen getroffen, wobei unparteiische Korporationen mitwirkten.

(Kaiser und Kanzler.) Wie das „B. Z.“ hört, steht ein neuer Besuch des Kaisers beim Reichskanzler, Fürsten Bismarck in Norderny bevor, was mit der bevorstehenden Begegnung des Kaisers mit König Eduard und mit den Vorgängen in der Kolonialverwaltung in Zusammenhang gebracht wird.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet: Der Staatssekretär des Auswärtigen, von Tschirschky, ist aus Norderny nach Berlin zurückgekehrt.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den bisherigen Chef des Marinekabinets Admiral Soden-Wibran; des weiteren veröffentlicht er den Beschluß des Bundesrats vom 16. Juni betreffend die Verleihung der Reichsfähigkeit an die deutsch-afrikanische Kaufmännische Gesellschaft in Berlin, sowie die Satzungen der Gesellschaft.

Swinemünde, 3. Aug. (Der Kaiser und die Kaiserin) unternahm heute eine längere Segelfahrt an Bord der „Duna“.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Die sozialdemokratische Partei in Ungarn veröffentlicht einen Aufsatz, worin der Rücktritt des Honvedministers Zekess-Luffy gefordert wird.

Frankreich. (Tripolitanisches.) Seit einigen Wochen findet ein Notenwechsel zwischen Frankreich und der Porte statt über die Absicht des türkischen Gouverneurs von Tripolis, angeblich in der französischen Interessensphäre liegende Ortschaften, darunter Djanel, zu besetzen.

Großbritannien. (König Eduard) geht, wie nun bekannt gegeben wird, am 14. August nach dem Festland abzureisen und in Kronberg mit Kaiser Wilhelm zusammenzutreffen, wahrscheinlich am 16. August.

Bulgarien. (Antigriechische Bewegung.) Privatbriefen aus Philippopol zufolge sind dort Gerüchte verbreitet, daß die Bulgaren für den 6. August in Philippopol und anderen Orten allgemeine Angriffe gegen die Griechen vorbereiten.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 4. August 1907.



Mit dem Bau der großen Ausstellungshallen ist begonnen worden. Auf dem südlichen Teil der Parkanlagen werden mächtige Plätze eingeräumt, auf denen sich die Ausstellungshallen zu imponanter Höhe erheben werden.

Der Platz hinter der Kunsthalle wird gleichfalls eine künstlerisch durchgeführte gärtnerische Ausgestaltung erfahren. Demnach wird auch die Arbeit an den neuen dem Wasserturnen gelegenen Hofgarten aufgenommen, deren von Herrn Professor Länger gefertigte Pläne ebenfalls vom Gartenbauausschuß genehmigt worden sind.

Wir machen auf die in heutiger Nummer erscheinende Aufforderung der Geschäftsstelle der Jubiläums-Ausstellung aufmerksam, wonach alle diejenigen Privats, welche gesonnen sind, im nächsten Jahre Zimmer an die Jubiläums- und Kongreßbesucher zu vermieten, ersucht werden, dies möglichst bald der Geschäftsleitung der Ausstellung Mannheim, Friedrichsplatz 14, unter Angabe der Anzahl der verfügbaren Zimmer bezw. Betten und des pro Nacht geforderten Preises mitzuteilen.

Titelverleihung und Ernennungen. Der Großherzog hat dem Vorstand der Realschule in Billingen, Professor Karl Weis den Titel „Direktor“ verliehen, die nachbenannten Professoren zu Vorkämpfern der jeweils beigelegten Realschulen ernannt, nämlich: den Professor Albert Sandhaus an der Realschule in Dreisbach, den Professor Franz Kottengatter an der Realschule in Meßkirch, den Professor Karl Pfeuffer an der Realschule in Oberkirch und den Professor Josef Frank an der Realschule in Neustadt.

Personalsnachrichten. In Betriebsverhältnissen wurden befördert: die Betriebsassistenten Oskar Bufe-Meyer in Freiburg, Wilhelm Sammann in Freiburg, August Bernhard in Neppoldhöhe und Karl Krieg in Osterburken; die Betriebsassistenten Ludwig Geber in Heidelberg, Leonhard Wegert in Heidelberg und Friedrich Schlexer in Waden wurden unter Ernennung zu Betriebssekretären zur Zentralverwaltung und Betriebsassistent Christian Strebel in Appenweier nach Mannheim-Rangierbahnhof versetzt.

Verwendung von Post-Vorkaufsdirektiven nichtamtlicher Ausgabe. Das Kaiserl. Postamt teilt uns folgendes mit: Obwohl seit Einführung der neuen Formulare zu Post-Vorkaufsdirektiven (Größe 10,5 x 15,4 Ctm.) bereits über 3 Jahre vergangen sind, befinden sich noch immer zahlreiche Post-Vorkaufsdirektive (11,1 x 15,9 Ctm.) auf dem Markt. Der älteren Formulare bedienen sich fast ausschließlich Geschäftsleute, Firmen etc., welche die Adressen im Privatwege bezogen und mit Firmenstempel etc. haben versehen lassen.

Mannheim wird Großstadt. Wie wir aus bester Quelle vernehmen, wird in dem bestbekannten „Hotel Victoria“, O 6, 7, unter der Firma „Victoria-Automat G. m. b. H.“ im September ein nach den neuesten Erfahrungen aufgestelltes Automaten-Restaurant eröffnet. Es gelangen nur erstklassige Biere etc. zum Verkauf; die von der Gesellschaft geplante eigene Konditorei soll Erzeugnisse liefern, die Herz und Gaumen der Damen- und Kinderwelt erquicken.

Der Liberale Arbeiterverein Mannheim hielt am vergangenen Samstag eine Mitgliederversammlung ab, in welcher der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Stadtverordneter Ochsner, einen interessanten Vortrag über die letzte Bürgerwehrorganisation hielt und gab dieses Thema eine lebhaft Diskussion.

Feueris. Monatliche Mitgliederversammlung im Gesellschaftshaus zum Haberd. Gegenstand der über alles Gemachten besuchten Versammlung war wieder die Herbstpartie, welche bekanntlich auf Runkel berechtigt. Stadtverwaltung mit den Großherzog-Gebrüderfeierlichkeiten verbunden werden soll, und zwar in der Weise, daß sich an die Jubiläum der Vereine Sonntag den 9. September, vormittags, sowie an dem Tage, ebenfalls mittags, auf den hiedl. Reminiscenzen Volksfestlichkeiten anschließen sollen.

Der schicksalshafte Ausbruch des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages setzte in seiner Sitzung für die Verhandlungen des diesjährigen deutschen Handwerks- und Gewerbetages zu Nürnberg am 4. und 5. September folgende vorläufige Tagesordnung fest: 1. Die Beschaffung von Maschinen und Werkzeugen für selbständige Handwerker. 2. Lehrbrief- und Lehrvertragsformulare der Innungsverbände. 3. Die Forderung der Titel „Warenverwalter“ und „Warenmeister“.

Zur Verpachtung der Bruchaler Bahnhofs-Wirtschaft erzählt die „Tr. Ztg.“, daß nicht nur 30, sondern 73 Angebote vorlagen. Herr Josef Münch-Erfurt erhielt, wie schon mitgeteilt, den Zuschlag mit einem Gebot von 18 000 M. Dabei scheint man jedoch auf die Verion des Verwerbers in weitgehendem Maße Rücksicht genommen zu haben, denn dies war nicht das Höchstgebot.

Der Männergesangsverein „Frahmann“ bezieht in den Tagen des 13., 14. und 15. Juli n. J. die Feier seines 50-jährigen Bestehens. Anlaßlich dieses Jubiläums und zu Ehren des 300-jährigen Stadtjubiläums veranstaltet genannter Verein einen großen nationalen Gesangswettbewerb für Vereine deutscher Junge und ist die Festlichkeit, welche in unserem Rosengarten abgehalten wird, in großem Rahmen gedacht.

Dem Schatzmann zum Verdacher. Der Radmaschinen-Reisende Ernst Hermann Hennig ist erst am 1. Januar 1906 aus dem hiesigen Schatzmannsdienst ausgeschieden. Seitdem ist er schon mehreremale mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geraten und hat erst vor kurzem zwei Monate und zuletzt in Speyer eine Woche wegen Diebstahls erhalten. Hier hat er seit Dezember bis 1. Mai, wo er verhaftet wurde, 9 Räder gestohlen, ferner eines in Neustadt a. S. Der Sicherheit halber hatten fast sämtliche Besitzer der Räder diese bei ihrem Geschäftsbüro oder bei einem in den Hausgang gestellt.

mann konnte er natürlich die Schliche der Spidubens. Seine frühere Stellung fällt aber auch bei der Bemessung der Strafe ins Gewicht; das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis. Rheinfahrten. Morgen Sonntag finden durch die Arbeiter-Juden zwei Rheinfahrten statt und zwar morgens 10 Uhr eine Hafenrundfahrt und nachmittags 1 Uhr eine Fahrt nach Speyer. Näheres siehe Inserat. Circus Henry. Heute Samstag finden 2 Vorstellungen statt. Die eine, nachmittags 1/2 5 Uhr, ist ein Kinderfest im Circus, wo ein besonders zusammengestelltes Programm gegeben wird.

Die andere, nachmittags 1/2 5 Uhr, ist ein Kinderfest im Circus, wo ein besonders zusammengestelltes Programm gegeben wird. Sämtliche Elefanten, darunter die 2 Baby-Elefanten, werden zur Vorführung gebracht, auch werden die dressierten Hunde, Affen, Schweine, Tauben vorgeführt. Clown Patsch wird sein kleines Pferd der Welt vorführen. Abends 8 1/2 Uhr ist der große Ehrenabend für Direktor Henry. An diesem Abend wird ein Programm von 30 Plätzen gegeben; das ist das Doppelte, als sonst an einem Abend gegeben wird.

20 Pfennig-Tag im Friedhofspark. Wie wir bereits mitteilten, wurde für morgen Sonntag im Park ein 20 Pfennig-Tag eingelegt. Die Konzerte des Nachmittags und Abends gibt die Grenadierkapelle unter Herrn Vollmers Leitung. Aus dem reichhaltigen Programm sind hervorzuheben: Paniasse aus Hängel und Gretel (Humberdint), Totentanz (Saint-Saens), Im Automaten-Salon (humoristisches Tongemälde) etc.

Die drückende Schwüle der letzten Tage wurde in vergangener Nacht durch mehrere Gemitter etwas gemildert, die sich aber mehr durch hartes Wetterleuchten als durch Donner und Blitz auszeichneten. Dagegen brachten die Gemitter einen oft geradezu wolkenbruchartigen Regen, welcher der Vegetation nach den heißen Tagen sehr zuträglich kam. Die Temperatur ist aber kaum merklich gesunken und dürfte bald wieder den hohen Stand der letzten Tage erreichen.

Selbstmord. Gestern Abend hat sich ein seit einiger Zeit von seiner Ehefrau getrennt lebender 27 Jahre alter Schneider Kurt Stroch von Andernach, zuletzt wohnhaft in Reuthardt, in ein Haus am Friedrichsring eingeschlichen und im Treppenhause durch einen Revolverbeschuss in die linke Brustseite getödtet. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Tödtlicher Unfall. Das 7 Jahre alte Mädchen eines in H 3, 14 wohnhaften Lagerhausarbeiters wollte in der elterlichen Küche am 2. d. Mts. einen Topf mit heißer Milch von der Anrichte herunternehmen; das Gefäß fiel ihr aber aus der Hand und der Inhalt desselben ergoß sich auf das in einem am Boden stehenden Korbe befindliche 4 Monate alte Schwesterchen, welches dadurch so schwer verbrüht wurde, daß es gestern im Diaconissen-hause seinen Verletzungen erlag.

Gesundener wertvoller Schirm. Bei der Fahrt nach dem Rennplatz am 1. Mai l. Jrs. fiel einer unbekanntenen Dame ein wertvoller Regenschirm aus der Droschke; Verlustanzeige wurde bis jetzt noch nicht erstattet, dagegen ist die Täterin, welche den Schirm gefunden und unterschlagen hat, ermittelt. Die rechtmäßige Eigentümerin wolle sich auf dem Geschäftszimmer der Kriminalpolizei melden.

Verhaftet wurden 11 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Unnatürliches Wetter am 5. und 6. August. Am nördlichen Ausgange des irischen Kanals liegt nunmehr ein wesentlich vertiefter Luftwirbel mit 745 mm, der ganz Großbritannien, die Nordsee, das nordwestliche Frankreich, ganz Belgien und Holland, das nordwestliche Deutschland und fast ganz Skandinavien beherrscht. Ueber dem südlichen Drittel von Frankreich, ferner über der ganzen vorasiatischen Halbinsel, endlich über der Südmittel-, Südital-, Ober- und Mittelitalien, den südlichen Teilen von Österreich-Ungarn und der nördlichen Hälfte der Balkanhalbinsel steigt das Barometer noch auf ca. 763 mm. Ueber der Pfalz und dem Rheingau zeigt sich eine ziemlich tiefe, gewitterte Luftsenkung. Für Sonntag und Montag ist bei sorgfältiger sehr warmer Temperatur größtenteils trockenes und heiteres, aber auch wieder zu vereinzelten ziemlich scharfen Gewittern geneigtes Wetter in Aussicht zu nehmen.

Witterungsbeobachtung der meteorologischen Station Mannheim.

Table with 7 columns: Datum, Zeit, Barometer stand, Lufttemperatur, Luftfeuchtigkeit, Windrichtung und -stärke, Niederschlag. Data for 3 Aug, 4 Aug, 5 Aug, 6 Aug.

Höchste Temperatur den 2. August + 31,5°

Tiefste " vom 3./4. August + 18,5°

Aus dem Großherzogtum.

Ladenburg, 4. Aug. Die Mitglieder des hiesigen Gemeinderats haben gestern demissioniert. Wie verlautet, dürfte die Ursache hiesig in ungeordneten Verhältnissen der Gemeindeverwaltung zu suchen sein.

Weinheim, 4. Aug. Von Herrn Professor Dr. A. Treuss erhalten wir neuerdings unter Berufung auf § 11 des Preussischen folgendes Aufschreiben: Gegenüber der Verichtung, die Herr Rechtsanwalt Dr. Fortmann-Wannheim als Vertreter des kath. Stiftungsrates Weinheim und des Herrn Delan Becker in Nr. 33 d. Bl. abgibt, halte ich die in der Vorstandsitzung des kath. Arbeitervereins vom 8. April d. J. sowohl vom hochh. Herrn Delan Becker als auch von meiner Wenigkeit in bezug auf den Holzverkauf getanen Versicherungen (vergl. Nr. 34 d. Bl.) in vollem Umfang anrecht und weise jeden Versuch, den Gesamtvorstand oder meine Wenigkeit als Vaguer zu stempeln, mit Entrüstung zurück.

Karlsruhe, 3. Aug. Mit Bezug auf die vom Bürgerausschuß gefasste Resolution hinsichtlich der Verabschiedung des Schul-

